



Festung Europa erweitert: Ungarn weist Flüchtlinge ab

Interview mit Ferenc Köszeg vom Helsinki-Komitee in Budapest

Wolfgang Pomrehn

In Ungarn scheint Deutschlands rigide Praxis der sicheren Drittländer einen gelehrigen Schüler gefunden zu haben. Flüchtlinge werden an der Grenze meist direkt in die Ukraine zurückgeschickt, berichtet Ferenc Köszeg vom Helsinki-Komitee in Budapest im Gespräch mit dem Schlepper.

Schlepper: Ungarn ist seit dem 1. Mai Mitglied der EU und ein Teil seiner Grenzen sind somit Außengrenzen der Union. Wie stellt sich dort die Lage für Flüchtlinge dar?

Ferenc Köszeg: Der Grenzschutz wurde in den letzten Jahren umgruppiert und bewacht nun vor allem die Grenzen zu Serbien, Rumänien und der Ukraine. Dort gibt es auch EU-finanzierte Infrarotkameras für die Überwachung bei Nacht, so dass es heute für Flüchtlinge sehr viel schwieriger ist, die Grenze unbemerkt zu überqueren. Von Grenzschutzoffizieren wissen wir, dass sie einen Fonds haben, um Anzeigen aus der Bevölkerung zu belohnen. Sie haben einen richtigen Pool von Vertrauensleuten in der Grenzbevölkerung, die ihnen regelmäßig über ihre Beobachtungen berichten.

Hätte ein Flüchtling die Chance, die Grenze legal zu überqueren, um Asyl beantragen zu können?

Nur wenn er einen Pass und ein Visum hat. Doch Leute aus Afghanistan, dem Sudan oder Somalia haben gar keine Möglichkeit an ein Visum zu kommen. Die einzige Ausnahme sind Flüchtlinge aus Georgien, aber die anderen sind zum illegalen Grenzübergang gezwungen, um Asyl beantragen zu können.



Bulgarian Helsinki
Committee

HELSINKI-KOMITEE BULGARIEN

Hauptgeschäftsstelle

7 Varbitsa Street
1504 Sofia BULGARIA
tel./fax: 3592 943 4876
3592 944 0670
3592 943 9060

office e-mail: bhc@bghelsinki.org

Refugees' and Migrants' Protection Programme

Association for Refugees and Migrants - Bulgaria

5 Angel Kanchev Street
1000 Sofia BULGARIA
tel./fax: 3592 981 3318
3592 980 2049

office e-mail: peregrine@aster.net

Internet: www.bghelsinki.org

Was passiert mit den illegalen Grenzgängern, wenn sie erwischt werden?

Sie werden meist gleich wieder abgeschoben. Nach ungarischem Gesetz haben sie zwar das Recht Asyl zu beantragen, und der Grenzschutz ist verpflichtet, entsprechende Anträge sofort an die zuständige Behörde weiterzuleiten. Allerdings behaupten die Beamten einfach, es sei kein Asyl beantragt worden. Das ist natürlich ziemlich unwahrscheinlich: Wenn jemand zum Beispiel aus dem Irak kommt und sicherlich viel Geld für den Schlepper bezahlen musste, dann wird er auch versuchen, Asyl zu beantragen. Im privaten Gespräch geben Grenzer zu, dass man ein selektives Gehör habe. Das heißt, Asylgesuche werden einfach ignoriert.

Die Flüchtlinge werden also inhaftiert und abgeschoben?

Ja. Ungarn hat Rücknahmeabkommen mit seinen Nachbarn, das heißt, die sind verpflichtet illegale Grenzgänger zurückzunehmen, sofern es eindeutige Beweise gibt, dass diese aus dem jeweiligen Land gekommen sind. In der Praxis ist das allerdings nicht immer ganz einfach. So nimmt Serbien nur seine eigenen Bürger zurück. Auch Rumänien weigert sich oft. Nur die Ukraine übernimmt die Abgeschobenen ohne Probleme.

Ich habe erst vor kurzem in der Ukraine eines der Lager besichtigt, in die diese Menschen dann kommen. Nach dem ukrainischen Gesetz muss innerhalb von drei Tagen nach Grenzübertritt Asyl beantragt werden, aber in diesem Lager hatten die Inhaftierten dazu gar keine Gelegenheit. Auch in der Ukraine haben also die meisten der Abgeschobenen keine Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen. Von den 268 Insassen des Lagers, das wir gesehen haben, hatten nur 23 ein entsprechendes Gesuch einreichen können.

Wie sind die Haftbedingungen?

Die Versorgung ist sehr schlecht. Dazu muss man wissen, dass die Grenztruppen,

die auch dieses Lager verwalten, sehr schlecht bezahlt werden und die Soldaten manchmal keine Verpflegung bekommen. Die Ernährung der Häftlinge wird also im Wesentlichen von einer Nichtregierungsorganisation übernommen, die dafür Geld von der EU bekommt.

Was geschieht mit den Insassen dieses Lagers? Werden sie weiter abgeschoben?

Nein, dazu hat die Ukraine gar nicht die Mittel. Viele Betroffene kommen aus Sudan oder Somalia, und von diesen Staaten ist es unmöglich, die notwendigen Dokumente für eine Abschiebung in die Herkunftsländer zu bekommen. Andererseits kennt die Ukraine keinen anderen Status als das Asyl, das heißt keine Duldung oder ähnliches. Die Flüchtlinge haben also keine Chance, ihren Aufenthalt zu legalisieren.

Die Flüchtlinge kommen also aus diesem Lager nicht mehr raus?

Doch, nach spätestens sechs Monaten. Aber dann gibt es für sie nur untertauchen, oder erneut den Grenzübertritt zu versuchen. Wenn sie Pech haben, werden sie wieder von den ungarischen Grenzern geschnappt und landen erneut in dem ukrainischen Lager.

Wolfgang Pomrehn ist freier Journalist und Mitarbeiter des Projekts BalticRefugee.Net beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.